

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 14

Versorgung

INHALT

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
14 03	Zivilversorgung	6
14 04	Andere Versorgungsbezüge	15
	Abschluss des Einzelplans 14	22

Vorwort zum Einzelplan

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Aufgaben:

Im Einzelplan 14 werden nachgewiesen:

1. Die Versorgung der Ruhestandsbeamten und der Hinterbliebenen von Staatsbeamten einschließlich des unter § 63 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetz fallenden Personen (G 131) und des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) fallenden Personenkreises.
2. Die Versorgung der versorgungsberechtigten ehemaligen Bediensteten der Bezirksverbände und ihrer versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, soweit sie nicht vom Landeswohlfahrtsverband übernommen worden ist.
3. Die Versorgung der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins.
4. Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung und ihrer Hinterbliebenen.
5. Die Unterstützung für ausgeschiedene Beamte, Angestellte und deren Hinterbliebene.
6. Die Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen.
7. Die Übergangsgelälter, Unterhaltsbeiträge und Übergangsbezüge gemäß G 131.
8. Zuschüsse und Zulagen an andere Dienstherrn gemäß § 71 e Abs. 3 und 7, Art. II § 3 Satz 2 G 131.
9. Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete mit Ausnahme der Versorgung durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).
10. Die Erstattung von Rentenleistungen nach § 72 Abs. 1 G 131 und § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG).
11. Die Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz.

Aufbau

Die Durchführung der Versorgung obliegt:

1. den Pensionsregelungsbehörden bei den Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel für die Staatsbeamten und ihre Hinterbliebenen mit Ausnahme der Justizbeamten;
2. der Pensionsregelungsbehörde beim Oberlandesgericht in Frankfurt am Main für den Bereich der Justizverwaltung;
3. dem Regierungspräsidium in Darmstadt für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete des früheren Volksstaates Hessen, die aufgrund der Verordnung vom 24. Dezember 1929 (Hess. Reg.Bl. 1930 S. 11) gewährt wird.

Die Erstattungen des Landesbetriebs Staatliche Technische Überwachung Hessen für Versorgungsbezüge werden bei Kap. 14 03 - 281 01 vereinnahmt.

Die Erstattung von Versorgungszuschlägen für die an den Universitätsklinikum tätigen Landesbeamten wird bei Kap. 14 03 - 281 04 nachgewiesen.

Die Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen aufgrund der §§ 42, 71 e und 78 a G 131 und des § 23 BWGöD sowie der §§ 107 b und 107 c BeamtVG werden

bei Kap. 14 03 - ETG 71 und
bei Kap. 14 04 - ATG 71

nachgewiesen.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in DM)

Einzelplan 14		2001	2000
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
1	Eigene Einnahmen	2.515.000	2.015.000
2	Übertragungseinnahmen	136.100.000	69.403.000
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	557.000	557.000
Gesamteinnahmen		139.172.000	71.975.000
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2.825.279.000	2.615.881.000
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	20.000	20.000
	Ausgaben für den Schuldendienst	-	-
6	Übertragungsausgaben	20.710.000	22.010.000
7	Bauausgaben	-	-
8	Sonstige Investitionsausgaben	-	-
9	Besondere Finanzierungsausgaben	78.440.000	9.130.000
Gesamtausgaben		2.924.449.000	2.647.041.000
Zuschuss / Überschuss		-2.785.277.000	-2.575.066.000

C. Personalsoll

	2001	Stellen	
		davon Leerstellen	2000 davon Leerstellen
Beamte und Richter	--	--	--
beamtete Hilfskräfte	--	--	--
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	--	--	--
Angestellte	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--
Arbeiter	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--
Zusammen	--	--	--

D. Zahl der Versorgungsberechtigten

Kapitel Titel	Art der Versorgungsbezüge	Stand: 01.02.2000	Stand: 01.02.1999	Stand: 01.02.1998
14 03-431 01, 432 01-19	Ruhegelder	31 408	29 717	28 653
14 03-431 02, 432 21-39	Witwen- und Waisengelder	15 557	14 519	14 521
14 04-439 02	Härtefälle	1	2	2
14 04-439 05	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	9	11	12
14 04-439 07	Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung	159	181	220
14 04-442 14	Laufende Unterstützungen	1	2	2
14 04 - ATG 71	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge	271	271	280
Summe		47 406	44 703	43 690

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

Erläuterungen:

Nach § 88 BeamtVG können Beamtinnen, die auf eigenen Antrag entlassen worden sind (§ 166 HBG), nach erneuter Berufung in ein Beamtenverhältnis eine frühere Abfindung, die anstelle einer Versorgungsleistung oder einer Nachversicherung gewährt worden ist, an ihren neuen Dienstherrn zurückzahlen.

281 03	931	Erstattungen von Versorgungszuschlägen für eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes	1 300 000 [664 679]	1 500 000 [766 938]	1 268 969 [648 813]
--------	-----	---	------------------------	------------------------	------------------------

Erläuterungen:

Erstattung von Versorgungszuschlägen für Beamte, die ohne Dienstbezüge zur Dienstleistung bei anderen privaten Arbeitgebern beurlaubt worden sind und denen eine Gewährleistung auf lebenslängliche Versorgung auch für die Dauer der Beurlaubung zugesichert worden ist. Der Ansatz ist in Anpassung an die Istergebnisse der Vorjahre hochgerechnet.

281 04	931	Erstattung von Versorgungszuschlägen für die an den Universitätsklinika tätigen Landesbeamten . . .	6 000 000 [3 067 751]	8 503 000 [4 347 515]	9 740 000 [4 979 983]
--------	-----	---	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Erläuterungen:

Für die an den Universitätsklinika im Bereich der Krankenversorgung tätigen Landesbeamten sind Versorgungszuschläge an den Landeshaushalt abzuführen (vgl. Erläuterungen zu Ziff. 2.3.5 der Erfolgspläne der Universitäten - Kap. 15 05, 15 07 und 15 10).

n e u

281 05	931	Erstattung von Pensionsrückstellungen	59 700 000 [30 524 125]	-- [--]	-- [--]
--------	-----	---	----------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes für die hessischen Universitätsklinika haben diese die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes gebildeten Pensionsrückstellungen an das Land abzuführen.

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

381 01	991	Zuführung aus anderen Kapiteln des Landeshaus- halts	557 000 [284 790]	557 000 [284 790]	429 347 [219 522]
--------	-----	---	----------------------	----------------------	----------------------

Erläuterungen:

1. Zuführung aus Kap. 08 18 - 981 71	470 000 DM
2. Zuführung aus Kap. 08 17 - 981 71	87 000 DM

Zusammen 557 000 DM

zu 1.:

Erstattung der Versorgungsbezüge für Beamte des Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung bzw. deren Hinterbliebene.

zu 2.:

Versorgungszuschläge für die Beamten der Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug der Gefahrstoffverordnung in Kassel.

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ETG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131 und § 23 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) in der Fassung vom 15. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2073), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 1973 (BGBl. I S. 1569) und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind hier auch die Erstattungen von Versorgungslastenbeteiligungen anderer Dienstherren gemäß § 107b BeamtVG zu vereinnahmen.

Die Ansätze berücksichtigen die Entwicklung der Zahl der Rentenberechtigten für die eine Erstattung erfolgt.

241 71	935	vom Bund	60 000 000 [30 677 513]	50 000 000 [25 564 594]	67 317 862 [34 419 077]
242 71	935	von Ländern	1 000 000 [511 292]	1 300 000 [664 679]	1 150 093 [588 033]
243 71	935	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	100 000 [51 129]	100 000 [51 129]	135 595 [69 329]
246 71	935	von Sozialversicherungsträgern	150 000 [76 694]	150 000 [76 694]	148 691 [76 025]
247 71	935	von Zweckverbänden	250 000 [127 823]	250 000 [127 823]	221 037 [113 014]
281 71	935	von anderen (Inland)	400 000 [204 517]	400 000 [204 517]	376 611 [192 558]
Summe Titelgruppe 71			61 900 000 [31 648 967]	52 200 000 [26 689 436]	69 349 890 [35 458 036]
Gesamteinnahmen			138 972 000 [71 055 255]	71 775 000 [36 697 975]	89 940 559 [45 985 878]

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 431 01 bis 432 39 sind gegenseitig deckungsfähig

431 01	931	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidenten und der Minister	4 300 000 [2 198 555]	4 200 000 [2 147 426]	4 263 340 [2 179 811]
--------	-----	--	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Erläuterungen: 431 und 432

Versorgungsbezüge nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der zu erwartenden Veränderungen der Zahl der Versorgungsempfänger.

431 02	931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Ministerpräsidenten und der Minister	640 000 [327 227]	650 000 [332 340]	623 362 [318 720]
--------	-----	--	----------------------	----------------------	----------------------

432 01	931	Versorgungsbezüge der Polizeibeamten	267 100 000 [136 566 061]	254 500 000 [130 123 784]	246 399 064 [125 981 841]
--------	-----	--	------------------------------	------------------------------	------------------------------

432 02	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	1 001 400 000 [512 007 690]	919 500 000 [470 132 885]	876 999 506 [448 402 727]
--------	-----	---	--------------------------------	------------------------------	------------------------------

432 05	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Sonderschulen	54 000 000 [27 609 762]	51 000 000 [26 075 886]	48 797 250 [24 949 638]
--------	-----	--	----------------------------	----------------------------	----------------------------

432 07	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	160 000 000 [81 806 701]	150 900 000 [77 153 945]	144 380 973 [73 820 819]
--------	-----	--	-----------------------------	-----------------------------	-----------------------------

432 08	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	142 000 [72 603]	143 000 [73 115]	141 147 [72 167]
--------	-----	---	---------------------	---------------------	---------------------

432 11	931	Allgemeine Versorgung	394 000 000 [201 449 001]	375 100 000 [191 785 585]	354 824 849 [181 419 065]
--------	-----	---------------------------------	------------------------------	------------------------------	------------------------------

Aus dem Ansatz kann nach Maßgabe des Beschlusses der Landesregierung vom 14.12.1999 in einem Versorgungsfall (einschließlich Hinterbliebenenversorgung) eine lebenslängliche Versorgung auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge der Besoldungsgruppe C 4 BBesG geleistet werden. Die beamtenrechtlichen Kürzungs- und Regelungsvorschriften (§§ 53 ff BeamtVG) sind entsprechend anzuwenden. Darüber hinaus sind sonstige Versorgungsleistungen in voller Höhe anzurechnen. Dies gilt auch für die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen.

432 14	931	Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung	6 100 000 [3 118 880]	5 500 000 [2 812 105]	5 738 371 [2 933 983]
--------	-----	---	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				
432 15 931	Versorgungsbezüge der Justizbeamten	171 100 000 [87 482 041]	161 900 000 [82 778 156]	155 988 235 [79 755 518]
432 16 931	Versorgungsbezüge der Finanzbeamten	100 300 000 [51 282 576]	95 400 000 [48 777 245]	94 648 524 [48 393 022]
432 17 931	Versorgungsbezüge der Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	250 000 [127 823]	200 000 [102 258]	258 186 [132 008]
432 19 931	Versorgungsbezüge der Forstbeamten	40 100 000 [20 502 804]	40 100 000 [20 502 804]	40 310 086 [20 610 220]
432 21 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Polizeibeamten	77 900 000 [39 829 638]	76 100 000 [38 909 312]	73 967 902 [37 819 188]
432 22 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	185 600 000 [94 895 773]	187 600 000 [95 918 357]	185 035 245 [94 607 019]
432 25 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Sonderschulen	8 500 000 [4 345 981]	7 750 000 [3 962 512]	8 023 310 [4 102 253]
432 27 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	28 500 000 [14 571 819]	28 750 000 [14 699 642]	27 154 815 [13 884 036]
432 28 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	181 000 [92 544]	183 000 [93 566]	180 144 [92 106]
432 31 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der allgemeinen Versorgung	122 200 000 [62 479 868]	120 800 000 [61 764 059]	120 116 755 [61 414 722]
432 34 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten der Technischen Überwachung	1 800 000 [920 325]	1 870 000 [956 116]	1 820 037 [930 570]
432 35 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Justizbeamten	58 500 000 [29 910 575]	57 900 000 [29 603 800]	59 163 842 [30 249 992]
432 36 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Finanzbeamten	47 300 000 [24 184 106]	46 460 000 [23 754 621]	47 308 504 [24 188 454]
432 37 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	129 000 [65 957]	130 000 [66 468]	128 441 [65 671]

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN		Ansatz	Ansatz	IST
			2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]
432 38 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins		52 000 [26 587]	116 000 [59 310]	63 909 [32 676]
432 39 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Forstbeamten		21 500 000 [10 992 775]	22 100 000 [11 299 551]	21 684 241 [11 086 976]
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Versorgungsbezüge Bei Versorgungserhöhungsgesetzen sind das Ministerium der Finanzen und das Ministerium des Innern und für Sport ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.		71 290 000 [36 449 998]	4 564 000 [2 333 536]	-- [--]

Erläuterungen:

Der Globalansatz berücksichtigt Mehrausgaben für die Erhöhung der Versorgungsbezüge abzüglich der Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen".

**Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst**

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 01 931	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten		10 000 [5 113]	10 000 [5 113]	420 [215]
------------	--	--	-------------------	-------------------	--------------

Erläuterungen:

1. (Amts)ärztliche Untersuchungen, Führungszeugnisse 10 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten -- DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- und andere Parteikosten des Fiskus -- DM
4. Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen -- DM

Zusammen 10 000 DM

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

646 01 931	Erstattung von Rentenleistungen		10 000 000 [5 112 919]	10 000 000 [5 112 919]	8 197 510 [4 191 320]
------------	---	--	---------------------------	---------------------------	--------------------------

Erläuterungen:

Für die Erstattung der Aufwendungen des Trägers der Rentenversicherung aufgrund von Rentenanwartschaften, die durch Entscheidung des Familiengerichts begründet worden sind (§ 225 Abs. 1 SGB VI).
Der Ansatz berücksichtigt die Entwicklung der Erstattungen des Versorgungsausgleichs bei Ehescheidungen.

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

Besondere Finanzierungsausgaben

917 02	951	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" für Versorgungsempfänger	12 740 000 [6 513 859]	9 130 000 [4 668 095]	-- [--]
--------	-----	--	---------------------------	--------------------------	------------

Erläuterungen:

Durch das Hessische Versorgungsrücklagengesetz vom 15. Dezember 1998 (GVBl. I S. 526) wurde zur Sicherung der Versorgungsaufwendungen nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" errichtet, das nach Abschluss der Zuführungen zum Jahresende 2013 über einen Zeitraum von 15 Jahren zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen einzusetzen ist.

Die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen ergebenden Beträge sind jährlich nachträglich zum 15. Januar des Folgejahres der Versorgungsrücklage zuzuführen. Zum 15. Juni des laufenden Jahres ist jeweils ein Abschlag in Höhe des erwarteten Jahresbetrages zu leisten, der mit der Zuführung zum 15. Januar zu verrechnen ist.

Hier werden zentral für den Einzelplan 14 die Mittel veranschlagt, die an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" abzuführen sind. Vgl. Anlage I zu Epl. 17.

ne u

917 03	951	Zuführung an Versorgungsrücklage	65 700 000 [33 591 877]	-- [--]	-- [--]
--------	-----	--	----------------------------	------------	------------

Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um Mehr- oder Mindereinnahmen bei den Titeln 281 04 und 281 05.

Erläuterungen:

Die an das Land erstatteten Versorgungszuschläge und Pensionsrückstellungen werden einer Versorgungsrücklage zugeführt (vgl. Erläuterungen zu Titel 281 04 und 281 05).

Gesamtausgaben	2 911 334 000 [1 488 541 438]	2 632 556 000 [1 346 004 510]	2 526 217 966 [1 291 634 736]
---------------------------------	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				

Abschluss Kapitel 14 03

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	2 515 000	2 015 000	2 445 692
2	Übertragungseinnahmen	135 900 000	69 203 000	87 065 520
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	557 000	557 000	429 347
Gesamteinnahmen		138 972 000	71 775 000	89 940 559
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2 822 884 000	2 613 416 000	2 518 020 036
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	420
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	10 000 000	10 000 000	8 197 510
7	Bauausgaben	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	78 440 000	9 130 000	--
Gesamtausgaben		2 911 334 000	2 632 556 000	2 526 217 966
Zuschuss/Überschuss		-2 772 362 000	-2 560 781 000	-2 436 277 407

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

14 04

**Andere
Versorgungsbezüge**

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 51	931	Vermischte Einnahmen	-- [--]	-- [--]	324 [166]
--------	-----	--------------------------------	------------	------------	--------------

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
außer für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

241 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch den Bund	200 000 [102 258]	200 000 [102 258]	118 513 [60 595]
--------	-----	---	----------------------	----------------------	---------------------

Erläuterungen:

*Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge für
Straßenunterhaltungspersonal.*

243 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Gemeinden und Gemeindeverbände	-- [--]	-- [--]	2 320 [1 186]
--------	-----	---	------------	------------	------------------

247 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Zweckverbände	-- [--]	-- [--]	-- [--]
--------	-----	--	------------	------------	------------

Gesamteinnahmen	200 000 [102 258]	200 000 [102 258]	121 157 [61 947]
----------------------------------	----------------------	----------------------	---------------------

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 439 02 bis 442 14 sind gegenseitig deckungsfähig.

439 02	931	Andere Versorgungsausgaben, insbesondere solche zur Beseitigung von Härten, die nicht auf Grund der Versorgungsgesetze ausgeglichen werden können	15 000 [7 669]	15 000 [7 669]	5 869 [3 001]
--------	-----	---	-------------------	-------------------	------------------

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge, die auf Grund von Billigkeitsmaßnahmen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen in Einzelfällen nach freiem Ermessen zugestanden werden (Ermittlung einer fiktiven Versorgung).

439 05	935	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	500 000 [255 646]	500 000 [255 646]	419 828 [214 655]
--------	-----	--	----------------------	----------------------	----------------------

439 07	931	Ausgaben für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der nichtbeamteten Bediensteten	1 830 000 [935 664]	1 900 000 [971 455]	1 558 146 [796 667]
--------	-----	--	------------------------	------------------------	------------------------

Erläuterungen:

1. Erstattung von Mehraufwendungen der VBL gem. Nr. 4 des Einführungserlasses zur GDO-ReichVers. vom 10. Dezember 1943 (RBBl. S. 215) für früher in der gesetzlichen Rentenversicherung überversicherte Angestellte, die bei Eintritt des Versorgungsfalles die Wartezeit bei der ZRL (jetzt VBL) noch nicht erfüllt hatten -- DM
2. Mehraufwand für Zusatzrenten an wiedergutmachungsberechtigte Landesbedienstete nach § 21 Abs. 4 BWGöD -- DM
3. Erstattung von Ersatzzusatzrenten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte nach dem Abkommen über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten oder angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bei der Preußischen Staatsverwaltung (PrBBl. 1932 S. 81) bzw. bei der Reichsverwaltung (RVBl. 1932 S. 45) -- DM
4. Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter des ehemaligen Volksstaates Hessen nach der VO vom 24. Dezember 1929, soweit sie nicht bei der VBL versichert sind (das sind alle vor dem 1. April 1938 in den hessischen Staatsdienst eingetretenen Angestellten und Arbeiter) 600 000 DM

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				
	5. Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Angestellte der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis 31. März 1938 eingestellten Angestellten)	160 000 DM		
	6. Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1938 eingestellten Arbeiter)	330 000 DM		
	7. Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung für Straßenwärter an Landstraßen II. Ordnung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter (hierunter fallen nur die nach dem 1. April 1954 ausgeschiedenen Straßenwärter - vgl. § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Straßenbaulast für die Landstraßen II. Ordnung vom 6. Juli 1954 - GVBl. S. 127) . .	-- DM		
	8. Zusatzrenten (Ruhegelder, Ruhelöhne, Hinterbliebenenversorgung) für Angestellte und Arbeiter (einschließlich der Hinterbliebenen), die von kommunalen Dienststellen und Einrichtungen unter Aufrechterhaltung entsprechender Besitzstände in ein Arbeitsverhältnis zum Land Hessen übernommen worden sind	240 000 DM		
	9. Erstattung von Übergangsversorgung nach den Sonderregelungen 2 n zum Bundesangestellten-Tarifvertrag an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder auf Grund der Vereinbarung vom 25. März 1975	500 000 DM		
	Zusammen	1 830 000 DM		
442 14 941	Unterstützung für Beamte im Ruhestand und frühere Beamte, für ehemalige Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebene	50 000 [25 565]	50 000 [25 565]	23 493 [12 012]
	Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
526 01 935	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten . .	10 000 [5 113]	10 000 [5 113]	981 [501]

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2001 DM [EUR]	2000 DM [EUR]	1999 DM [EUR]

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

Die Ansätze bei den Titeln 641 02 bis 646 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

641 02	931	Erstattung von Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Preuß. Schutzpolizeibeamtenengesetzes vom 16. August 1922 (GS S. 251)	50 000 [25 565]	50 000 [25 565]	15 173 [7 758]
--------	-----	---	--------------------	--------------------	-------------------

Erläuterungen:

Die Versorgungsberechtigten erhalten anstelle der bisherigen Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 1. September 1953 an die im Bundesversorgungsgesetz - Neufassung vom 22. Juni 1976 (BGBl. I S. 1633) - vorgesehene Versorgung. Die Durchführung obliegt den Versorgungsämtern. Die von ihnen gezahlten Versorgungsbezüge werden vom Land halbjährlich erstattet.

Der Ansatz berücksichtigt die Entwicklung der Zahl der Versorgungsberechtigten.

646 01	935	Erstattung von Rentenleistungen	2 000 000 [1 022 584]	2 000 000 [1 022 584]	1 444 407 [738 514]
--------	-----	---	--------------------------	--------------------------	------------------------

Erläuterungen:

In den Fällen des § 72 Abs. 1 G 131 und des § 99 AKG wird anstelle der sonst üblichen Nachversicherung (durch Entrichtung von Beiträgen) eine fiktive Nachversicherung (durch Erteilung einer Bescheinigung über die Höhe des gewährten Arbeitsentgelts) durchgeführt. Da es sich um eine Ersatzversorgung handelt, werden die Erstattungen, soweit die Leistungen der Versicherungsträger der fiktiven Nachversicherung vom Land zu tragen sind, hier veranschlagt.

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ATG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131, nach § 23 BWGÖD und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind zulasten der ATG auch Versorgungslastenbeteiligungen an andere Dienstherrn für aus Hessen übernommene Beamte oder Richter gemäß §§ 107b und 107c BeamtVG zu leisten.

Die Ansätze berücksichtigen insbesondere die Zahl der von den neuen Ländern übernommenen Beamten.

641 71	935	an den Bund	4 000 000 [2 045 168]	5 300 000 [2 709 847]	236 120 [120 726]
642 71	935	an Länder	3 500 000 [1 789 522]	3 500 000 [1 789 522]	3 814 141 [1 950 139]
643 71	935	an Gemeinden und Gemeindeverbände	900 000 [460 163]	900 000 [460 163]	500 059 [255 676]
646 71	935	an Sozialversicherungsträger	50 000 [25 565]	50 000 [25 565]	20 912 [10 692]
647 71	935	an Zweckverbände	10 000 [5 113]	10 000 [5 113]	5 500 [2 812]
671 71	935	an andere im Inland	200 000 [102 258]	200 000 [102 258]	210 983 [107 874]
Summe Titelgruppe 71			8 660 000 [4 427 788]	9 960 000 [5 092 467]	4 787 715 [2 447 920]
Gesamtausgaben			13 115 000 [6 705 593]	14 485 000 [7 406 063]	8 255 613 [4 221 028]

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 2001 DM [EUR]	Ansatz 2000 DM [EUR]	IST 1999 DM [EUR]
Funkt.- Kennziffer				

Abschluss Kapitel 14 04

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	324
2	Übertragungseinnahmen	200 000	200 000	120 833
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
	Gesamteinnahmen	200 000	200 000	121 157
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2 395 000	2 465 000	2 007 336
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	981
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	10 710 000	12 010 000	6 247 295
7	Bauausgaben	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
	Gesamtausgaben	13 115 000	14 485 000	8 255 613
	Zuschuss/Überschuss	-12 915 000	-14 285 000	-8 134 456

Abschluss für den Einzelplan 14

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und beson- dere Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		DM	DM	DM	DM	DM
14 03	Zivilversorgung	-	2.515.000	135.900.000	557.000	138.972.000
14 04	Andere Versorgungsbezüge	-	-	200.000	-	200.000
	Insgesamt:	-	2.515.000	136.100.000	557.000	139.172.000

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Ausgaben	Verwal- tungsausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2.822.884.000	10.000	10.000.000		-	-	78.440.000	2.911.334.000	-2.772.362.000
2.395.000	10.000	10.710.000		-	-	-	13.115.000	-12.915.000
2.825.279.000	20.000	20.710.000		-	-	78.440.000	2.924.449.000	-2.785.277.000